



### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen und Ihren Familien schöne und entspannte Osterfeiertage. Genießen Sie die (hoffentlich sonnigen) Tage im Kreise Ihrer Lieben!

Das Jahr 2025 ist schon über drei Monate alt und hatte politisch bereits einiges zu bieten. Alles wurde natürlich überstrahlt durch die Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Dr. Astrid Mannes für ihre über fünfjährige hervorragende Arbeit im Deutschen Bundestag in Berlin bedanken. Es ist sehr bedauerlich, dass sie angesichts der Wahlrechtsreform nicht mehr in den Deutschen Bundestag eingezogen ist, obwohl sie ihren Wahlkreis deutlich für sich gewinnen konnte.

Auf Landkreisebene wurde die Fusion der beiden Sparkassen Darmstadt und Dieburg mit großer Mehrheit in der Zweckverbandversammlung der Sparkasse Dieburg am 26. März 2025 beschlossen. Außerdem wurde dem Doppelhaushalt der Jahre 2025 und 2026 in der letzten Kreistagssitzung am 31. März 2025 zugestimmt. Dies ging mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung



von 27 Millionen Euro für das Jahr 2025 im Vergleich zur Einbringung einher. Dabei konnte die addierte Kreis- und Schulumlage bei 60,0 %-Punkten festgeschrieben werden. Zu beiden Themen gibt es Erläuterungen auf den nächsten Seiten.

Unser Erster Kreisbeigeordneter Lutz Köhler wird auch im Jahr 2025 seine Themen gewohnt schwungvoll und mit hoher Expertise umsetzen. In den nächsten Monaten wird die von ihm maßgeblich vorangetriebene Fortschreibung des Berufsschulentwicklungsplans in den politischen Gremien beraten. Auch wir als Kreistagsfraktion sind weiterhin mit großer Freude Teil der Regierungskoalition unseres Landkreises und wollen auch nach der Kommunalwahl im März 2026 Regierungsverantwortung tragen. Neu in der Kreistagsfraktion begrüßen wir Monika Heinlein aus Babenhausen, die zum 1. März 2025 für Carsten Helfmann, den neuen ZAW-Geschäftsführer, in den Kreistag nachgerückt ist. In der nächsten Ausgabe werden wir Carsten noch einmal im passenden Rahmen würdigen und wünschen ihm schon jetzt viel Erfolg bei der neuen spannenden Aufgabe.

In dieser neuen Ausgabe unseres Newsletters der CDU-Kreistagsfraktion haben wir wieder eine breite Auswahl interessanter Themen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg für Sie zusammengestellt. Wir berichten u. a. über unsere Besuche in der Lindenfeldschule in Schaaflheim, bei Happy Kids in Modautal, auf der Mülldeponie in Büttelborn und bei der AZUR in Mühltal, über unsere sehr arbeitsreiche Klausurtagung, über die HGO-Novelle und die Entwicklung unserer Kreiskliniken. Auch versuchen wir etwas Licht in den Fördermittel-Dschungel zu bringen und setzen uns mit der steigenden häuslichen Gewalt an Frauen – auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg – auseinander.

Ich wünsche Ihnen in den nächsten Wochen einen schönen Frühling. Auch in diesem Jahr bin ich immer für Sie ansprechbar, kommen Sie mit Lob, Kritik, Ideen und Anmerkungen gerne jederzeit auf mich zu!

Ihr  
Maximilian Schimmel

P.S.: Bitte notieren Sie sich bereits jetzt die Termine der Sommertour der CDU-Kreistagsfraktion: 1. Teil vom 7. bis 9. Juli 2025 und 2. Teil vom 13. bis 15. August 2025.

## Doppelhaushalt verabschiedet

Große finanzielle Herausforderungen für die kommunale Familie, aber Schallmauer von 60,0 Prozent der Kreis- und Schulumlage wird nicht durchbrochen

Der Kreistag hat am 31. März 2025 mit Stimmen der SPD/CDU-Koalition und Teilen der FDP-Fraktion den Doppelhaushalt 2025/26 verabschiedet. Geprägt waren die diesjährigen Haushaltsberatungen von großen finanziellen Herausforderungen für die gesamte kommunale Familie. Landrat Klaus Peter Schellhaas hatte im Februar einen Doppelhaushalt mit einem Defizit von 65,66 Millionen Euro für das Jahr 2025 und von 73,37 Millionen

Euro für das Jahr 2026 eingebracht, der mit Sicherheit nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. „Nach Gesprächen mit der Aufsichtsbehörde sowie intensiven Beratungen mit den drei Dezernenten und den beiden Koalitionsfraktionen konnte das Defizit 2025 auf 37,92 Millionen Euro reduziert werden. Auch für das Jahr 2026 sieht die Prognose mit nun 57,16 Millionen Euro Defizit deutlich besser aus“, berichtet der finanzpolitische Sprecher Nils Zeißler. ▶



► „Trotzdem dürfen wir uns auf diesen Haushaltszahlen nicht ausruhen. Wir müssen den Kreishaushalt auf der einen Seite weiter aus eigener Kraft konsolidieren. Auf der anderen Seite müssen wir parteiübergreifend bei Bund und Land für eine bessere Finanzausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden kämpfen.“ Es muss dringend wieder das Subsidiaritätsprinzip unter dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ gelten. In den Beratungen konnte eine Ergebnisverbesserung von 32,9 Millionen Euro für das Jahr 2025 erzielt werden, wobei auf den sog. globalen Minderaufwand ungefähr die Hälfte in Höhe von 16,2 Millionen Euro entfällt. Durch den Verzicht auf weitere – teils dringend benötigte – zusätzliche Personalstellen konnten weitere 6,1 Millionen Euro eingespart werden. Das Ergebnis der Kreiskliniken 2024 hat sich ebenfalls um 4,3 Millionen Euro verbessert, wobei die Zahlen für 2025 leider deutlich schlechter aussehen. Weitere Ausgaben konnten in der Eingliederungshilfe (1,5 Millionen Euro), bei der Unterbringung Geflüchteter (0,7 Millionen Euro), dem Zuschuss zum Gesundheitsamt (1 Millionen Euro) und zum ÖPNV (2,1 Millionen Euro) sowie für das Gebäudemanagement an Schulen (1 Millionen Euro) gesenkt werden.

#### **Umlage: Schallmauer von 60,0 Prozent nicht durchbrochen!**

„Wir haben uns an unser Versprechen gehalten, die Städte und Gemeinden nicht finan-

ziell zu überfordern. Daher haben wir die Schulumlage um 5,2 Millionen Euro reduziert, um die Schallmauer des kumulierten Hebesatzes der Kreis- und Schulumlage von 60,0 Prozent nicht zu durchbrechen. Im Haushaltsentwurf waren noch 60,952 Prozent Kreis- und Schulumlage angesetzt“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende Maximilian Schimmel.

Mit der bereits begonnen Produktkritik der Aufgaben und Leistungen der Kreisverwaltung (einem externen Organisationsgutachten) und den Konsolidierungsmaßnahmen bei den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg inklusive der defizitären Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) wird es weitergehen.

#### **Schulbau mit Rekordinvestitionen!**

„Bildung hat für unsere Koalition Priorität und jeder Euro, der in eine gute Lernumgebung fließt, ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder“, stellt Zeißler klar. „Die in Rekordhöhe von 83,3 Millionen Euro getätigten Investitionen in Schulgebäude im Jahr 2024 suchen ihresgleichen – auch und gerade wenn man einmal über die Landkreisgrenze hinausschaut. Auch für 2025 sind wieder Investitionen in Höhe von 65,7 Millionen Euro geplant und wir werden das ambitionierte Schulbau-Zukunftsprogramm unseres Ersten Kreisbeigeordneten Lutz Köhler weiterhin mit voller Kraft unterstützen.“

#### **Bau des Gefahrenabwehrzentrums in Roßdorf rückt näher**

Eine weitere große Investition in zweistelliger Millionenhöhe ist das Gefahrenabwehrzentrum in Roßdorf, mit dem die Grundlage für einen modernen Katastrophenschutz gelegt werden wird. „Die derzeit zur Unterbringung des Fachbereiches Gefahrenabwehr inklusive der zentralen Leitstelle genutzten Mietobjekte entsprechen nicht mehr dem Stand der Anforderungen einer modernen Gefahrenabwehrbehörde. Dazu sind sie in Bezug auf die Räumlichkeiten ausgereizt“, erläutert Maximilian Schimmel. Somit könnten unter Umständen Teile der gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Rettungsdienstträgerschaft, hier z. B. die Aus- und Fortbildung der aktuell ca. 600 Rettungsdienstmitarbeiter, nicht gewährleistet werden.

#### **Solider Haushalt für eine starke Zukunft**

„Mit dem vorliegenden geänderten Haushaltsplan geben wir der Kreisverwaltung für die Jahre 2025 und 2026 eine finanzielle Arbeitsgrundlage. Auch wenn weiterhin schwierige und unangenehme Entscheidungen in den nächsten Jahren anstehen und auch der aktuelle Haushalt keine Trümereien ermöglicht, werden wir den Konsolidierungskurs weiter fortsetzen und gemäß unseres Koalitionsvertrages, aus Verantwortung, Zukunft gemeinsam gestalten!“ so Schimmel und Zeißler abschließend. ■



## Sparkassen mit Blick in die Zukunft

**Fusion der beiden Sparkassen Darmstadt und Dieburg: Kreistagsfraktion hat nach breiter Diskussion zugestimmt**

Unser Landkreis Darmstadt-Dieburg hat viele Beteiligungen: von der Energieversorgung (ENTEGA) über die Abfallsammlung (ZAW) und Abfallentsorgung (ZAS), beim Thema Gesundheit (Kreiskliniken und MVZ) bis hin zur Kreditversorgung unserer Region.

Im letztgenannten Bereich gibt es heute gleich zwei große Institute: Zum einen die Sparkasse Dieburg, bei der der Landkreis 51 % der Anteile hält. Sie versorgt die Menschen, Unternehmen und Kommunen im ehemaligen Landkreis Dieburg mit ihren Dienstleistungen. Die übrigen 49 % Anteile teilen sich auf die 15 Kommunen des ehemaligen Landkreises Dieburg – zwei davon seit langem im Landkreis Offenbach gelegen – auf. Zum anderen hält der Landkreis 40 % der Anteile an der Sparkasse Darmstadt, der sog. Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt. Den größeren Anteil von 60 % hält die Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Nun liegt seit letztem Jahr der Vorschlag auf dem Tisch, beide Sparkassen – die Sparkasse Dieburg und die Sparkasse Darmstadt – zu einem gemeinsamen Institut zur neuen „Sparkasse Darmstadt und Dieburg“ zu verschmelzen. Dieser Fusion hat der Kreistag in einer – aufgrund des wichtigen Themas einberufenen – Sondersitzung am 13. Januar 2025 mit großer Mehrheit zugestimmt. Eine Zustimmung ist auch von einer Mehrheit der Kommunen aus dem Altkreis Dieburg sowie der Stadtverordnetenversammlung Darmstadt notwendig. Die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Dieburg hat der Fusion mittlerweile mit den Stimmen des Landkreises am 26. März 2025 mit großer Mehrheit zugestimmt.

Für uns als CDU-Fraktion im Kreistag haben sich mit diesem Vorschlag eine Vielzahl an Fragestellungen und Diskussionspunkten ergeben. Natürlich war aber auch das Aufnehmen von Stimmungen der Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Mitglieder eng mit dem Thema verbunden. Uns war es seit dem Start der Diskussion wichtig, den Sachverhalt ausdifferenziert und unter Einbeziehung aller Argumente zu führen.

Uns ist bewusst, dass sich mit der Zusammenlegung gefühlt ein Stück „Heimat“ verändert – für alle Teile des Landkreises. Eine Filiale in der Stadt, der Gemeinde oder sogar dem Orts- oder Stadtteil ist ein Stück heimische Infrastruktur. Um uns herum verändert sich gerade aber ebenso die Bankenlandschaft: Zusammenschlüsse überall, wobei vor allem die Volksbanken in ihren Strukturen stetig

und beständig wachsen. Als Hauptkonkurrent unserer Sparkassen ist diese Entwicklung der Genossenschaftsbanken in den letzten 25 Jahren nicht auszublenzen.

Eine Fusion der Sparkassen Darmstadt und Dieburg findet zum aktuellen Zeitpunkt ohne Not und Druck statt. Ganz im Gegenteil: sie wird aus einer Position der Stärke beider Sparkassen durchgeführt! „Ohne Not“ bedeutet dabei aber die freiwillige Aufgabe der Selbstständigkeit der Sparkassen und dadurch die Gefährdung eines Stücks Identität der Regionen. Eine solche Fusion ergibt natürlich auch immer eine gewisse Spannung, vielleicht sogar Angst und Ungewissheit, vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ebenso standen Eigenständigkeit, Identität und Regionalität im Mittelpunkt der Betrachtungen.

Dem gegenüber stehen natürlich auch viele positive Effekte, die eine solche Fusion mit sich bringen kann. So wird eine Filialgarantie ausgesprochen, die in sämtlichen Kommunen des Landkreises gilt, wo es heute personenbesetzte Filialen gibt. Dort wird bis mindestens 2035 weiterhin ein Beratungs- und Betreuungsangebot vor Ort festgeschrieben. Der Hauptstandort Groß-Umstadt wird weiterhin als wichtiger Standort für zentrale Abteilungen bestehen bleiben. Diesem schließt sich eine Job-Garantie an, bei der sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Häuser garantiert wird, dass sie auch im neuen Institut beschäftigt werden. Die Per-

sonalräte beider Häuser befürworten den Zusammenschluss daher auch ausdrücklich. Für die Kommunen wird eine Steuergarantie ausgesprochen. Dabei wird die Gewerbesteuer nach dem gleichen Verteilschlüssel wie bisher bei den einzelnen Instituten verteilt. Die Spenden und das Sponsoring der Sparkassen bleiben auf dem sehr hohen Niveau bestehen.

Am neuen Institut würden die Städte und Kommunen im ehemaligen Landkreis Dieburg gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg die Mehrheit halten. Die Kommunen bekommen umfangreiche Einflussmöglichkeiten mit einem Kommunalbeirat für die Zukunft zugesichert. Eine fusionierte Sparkasse hätte ein Bilanzvolumen von knapp zehn Milliarden Euro. Mit dann knapp 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre die neue Sparkasse sowohl von der Mitarbeiter- als auch von der Umsatzgröße auf Augenhöhe mit den Volksbanken der Region.

Nach einer intensiven Diskussion entlang der oben genannten Argumentationen hat sich unsere CDU-Kreistagsfraktion auf ihrer Klausurtagung mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, einem Zusammenschluss unserer beiden Sparkassen zur neuen Sparkasse Darmstadt und Dieburg zuzustimmen. Einzelne Gegenstimmen konnten dann aufgrund der Bedeutung des Themas auch im Rahmen der Sondersitzung des Kreistages zu hören und zu sehen sein. ■

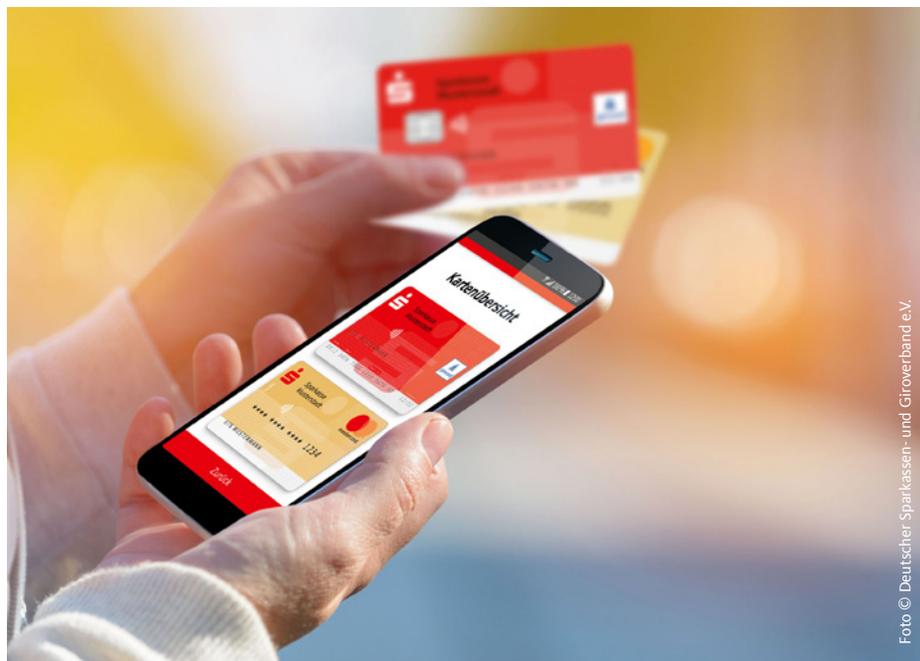




Foto © CDU Deutschlands Tobias Koch

## Nach der beschlossenen Krankenhausreform

### Wie geht es mit den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg weiter?

**S**eit Jahren wurde darüber diskutiert, im Dezember 2024 passierte das neue Gesetz dann den Bundesrat: Die Krankenhausreform kommt. Der u. a. durch das Land Hessen unterstützte Antrag im Vermittlungsausschuss auf diverse Änderungen am Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach scheiterte am Widerstand der rot/grün-regierten Bundesländer.

Als CDU-Kreistagsfraktion ist uns eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung vor Ort sehr wichtig! Deshalb hat der Landkreis inzwischen an vielen Stellen mit der Gründung von, insbesondere hausärztlichen, Medizinischen Versorgungszentren (MVZs) viele Lücken geschlossen, welche die Aufgabe klassischer Hausarztpraxen in den Kommunen unseres Landkreises hinterlassen hat.

Ein anderer Schwerpunkt sind unsere Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg. Zum einen die Spezialklinik in Jugenheim – insbesondere für orthopädische Eingriffe, aber auch dem „Zentrum für Akute und Postakute Intensivmedizin“ (ZAPI), welches für die gesamte

südhessische Region eine wichtige Aufgabe erfüllt. Zum anderen natürlich der Standort Groß-Umstadt mit dem im letzten Jahr eingeweihten neuen Bettenhaus. Was sehr erfreulich ist: Die Belegungszahlen gehen hier in den letzten Monaten deutlich nach oben, die Patienten sind mit dem Neubau sehr zufrieden.

Die Finanzsituation der Krankenhäuser ist aktuell aber alles andere als zufriedenstellend. Und das gilt überall in Deutschland. So meldete das Klinikum Aschaffenburg-Alzenau zum Jahresanfang eine Steigerung des Verlusts auf rund 50 Millionen Euro für das Jahr 2024.

Steigende Personalkosten, deutlich höhere Aufwendungen für Energie- und weitere Sachkosten, gleichzeitig keine auskömmliche Erstattung durch die Krankenkassen: Auch das geht an unseren Kreiskliniken nicht spurlos vorbei. So wird das letzte Geschäftsjahr voraussichtlich mit einem Defizit von rund 16 Millionen Euro abschließen, die Zahlen für 2025 sehen leider mit einem geplanten Defizit von ca. 25 Millionen Euro noch schlechter aus.

### Wie geht es nun weiter?

Die hessische Gesundheitsministerin Diana Stolz hat am 17. Februar 2025 mit den Landräten und Oberbürgermeistern Südhessens bei einem gemeinsamen Gespräch beraten, wie die Vorgaben dieses Bundesgesetzes in (Süd-)Hessen konkret umgesetzt werden. Viele Krankenhäuser werden sich dabei weiter „spezialisieren“ und (noch) mehr Schwerpunkte setzen müssen. Das bedeutet natürlich auch, dass nicht mehr jede Leistung in jedem Krankenhaus angeboten werden wird. Gleichzeitig sind dadurch mehr Spezialisten eines Fachgebietes konzentriert – was im besten Fall wiederum zu mehr Qualität für die einzelne Behandlung und die Patienten führen wird. Eine Notaufnahme zur medizinischen Erst- und Akutversorgung soll und wird weiterhin natürlich an den bisherigen Standorten wie gewohnt vorhanden sein.

Umgesetzt soll dann alles zum Jahr 2027 sein. Sobald es konkrete Neuigkeiten zu unseren Kliniken und deren Leistungsspektrum gibt, werden wir hierüber informieren.



## CDU-Kreistagsfraktion besucht „Happy Kids“

Großes Lob für engagierte Arbeit zum Wohle eingeschränkter und kranker Kinder!

Im Rahmen einer auswärtigen Fraktionssitzung besuchte die CDU-Kreistagsfraktion im letzten Sommer den gemeinnützigen Verein „Happy Kids“ in Modautal. Dieser hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen und ihnen unvergessliche Momente zu schenken. „Happy Kids“ richtet sich an Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung oder lebensbedrohlichen bzw. lebensverkürzenden Erkrankung, die vor, während und nach ihren Therapien begleitet werden. Die Kinder können – je nach Gesundheitszustand und physischen Möglichkeiten – ihrem Alltag für kurze Zeit entfliehen. Der spielerische Umgang mit Pferden, Hunden oder Alpakas in einem natürlichen, zwanglosen Rahmen motiviert die Patienten und vermittelt ihnen jede Menge positive Energie. Tiere können den Kindern und Jugendlichen dabei helfen, den Weg zurück aus der Isolation zu finden. Sie vermitteln Freude am Leben, mobilisieren durch Bewegung und bieten positive Erlebnisse außerhalb des oft schwierigen Alltages.

Die kleinen Patienten erleben Entspannung durch das Zusammensein etwa mit den

Pferden. Manche Kinder wollen dabei gar nicht aufsitzen und reiten – es kann jeweils auch nur Füttern, Bürsten, Streicheln oder das Ausmisten der Boxen sein. Die Kinder erfahren Freude in ihrem von Krankheit dominierten Schicksal und schöpfen neuen Lebensmut.

Während des Besuchs wurden den Kreispolitikern die Räumlichkeiten, das weitläufige Gelände sowie einzelne Projekte des Vereins vorgestellt. Corinna Ertl, Initiatorin und ständiger Antriebs der sozialen Aktivitäten, schilderte, wie Herzenswünsche durch Spenden, ehrenamtliches Engagement und die Zusammenarbeit mit Partnern realisiert werden.

„Es ist berührend zu sehen, wie hier nicht nur Wünsche erfüllt, sondern auch neue Kraft und Lebensfreude geschenkt wird. ‚Happy Kids‘ leistet eine unschätzbare Arbeit, die wir gerne unterstützen möchten,“ so die Kreistagsabgeordnete und Sozialpolitikerin Patricia Baltus.

Der Besuch der CDU-Kreistagsfraktion bei „Happy Kids“ unterstreicht die Wertschätzung für den Verein, der mit seinem Einsatz ein Stück Normalität und Freude in das Leben betroffener Kinder und Jugend-

licher bringt. Der Fraktionsvorsitzende Maximilian Schimmel betont: „Die Arbeit von ‚Happy Kids‘ zeigt, wie viel Positives bewirkt werden kann, wenn Menschen mit Herzblut und Empathie handeln. Es ist beeindruckend, welche Hoffnung und Freude der Verein den Kindern und ihren Familien schenkt.“

Im Gespräch mit den Verantwortlichen ging es auch um die Herausforderungen, denen der Verein gegenübersteht insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung und den steigenden Bedarf an Unterstützungsangeboten. Die CDU-Vertreter sicherten zu, die Anliegen des Vereins in ihre politischen Überlegungen einzubeziehen und sich für nachhaltige Unterstützungsmöglichkeiten einzusetzen. Kurz nach dem Besuch teilte die Sozialstiftung des Landkreises Darmstadt-Dieburg erfreulicherweise mit, dass der Verein „Happy Kids“ weitere Gelder für seine wertvolle Arbeit erhält. Mit der Unterstützung von Politik, Spendern und Ehrenamtlichen kann „Happy Kids“ auch weiterhin einen bedeutenden Unterschied machen.

Mehr über die Arbeit des Vereins erfahren Sie unter [www.happy-kids.org](http://www.happy-kids.org). ■



## Starke Berufsschulen in Südhessen

### Fortschreibung des Berufsschulentwicklungsplans und Überprüfung von Doppelangeboten zwischen der Landrat-Gruber-Schule und den Darmstädter Berufsschulen

In diesem Jahr wird nach fast 20 Jahren der Berufsschulentwicklungsplan des Landkreises Darmstadt-Dieburg fortgeschrieben. In den nächsten Monaten werden der Kreistag und der zuständige Schul-, Kultur- und Sportausschuss über die erste Fortschreibung seit dem aktuellen Berufsschulentwicklungsplan 2007/08 – 2011/12 beraten und entscheiden.

„Es ist bemerkenswert, dass wir binnen zwei Jahren sowohl den Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen als auch für die Berufsschulen fortschreiben können. Dies ist ein großer Verdienst unseres Ersten Kreisbeigeordneten und Schuldezernenten Lutz Köhler“, lobt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heidrun Koch-Vollbracht. Bereits im letzten Jahr wurde bekannt, dass die Landrat-Gruber-Schule in Dieburg in den nächsten Jahren ca. 500 zusätzliche Berufsschülerinnen und Berufsschüler aufnehmen wird. Die hierfür benötigten zehn zusätzlichen Klassenräume werden ab Sommer 2026 durch eine modulare Erweiterung zur Verfügung stehen.

„Wir werden im Landkreis Darmstadt-Dieburg das Konzept der Hessischen Landesregierung zur ‚Zukunftsfähigen Berufsschule‘ sehr schnell umsetzen können. Durch dieses Konzept soll trotz sinkender Schülerzahlen der Fortbestand aller Ausbildungsberufe

gesichert und weiterhin eine möglichst betriebsnahe Beschulung ermöglicht werden. Für Betriebe aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg ist immer zunächst die Landrat-Gruber-Schule die zuständige Berufsschule. Allerdings muss niemand mit einem gültigen Ausbildungsvertrag von seiner Berufsschule in Darmstadt nach Dieburg wechseln“, erläutert Schuldezernent Lutz Köhler. „Wir sind derzeit in finalen Gesprächen mit dem Staatlichen Schulamt und der Wissenschaftsstadt Darmstadt, um Doppelangebote in sechs Bereichen (vor allem im Metallbau und der Mechanik) an unseren Berufsschulen aufzulösen. Elf Angebote

**Die elf an der Landrat-Gruber-Schule gestärkten Doppelangebote sind:** Maler- und Lackierer/in, Bankkaufleute, Industriekaufleute, Mechatronik, Kraftfahrzeugmechatronik, Friseur bzw. Friseurin, Kaufleute für Büromanagement, Metallbauer/in (Fachrichtung Konstruktionstechnik), Verkäufer/in, Kauffrau bzw. Kaufmann (Einzelhandel) und Anlagenmechanik für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

werden wir hingegen an der Landrat-Gruber-Schule stärken, da es die Schülerzahlen hergeben (siehe Kasten). Wir stellen unsere Berufsschule absolut zukunftsfit auf.“

Außerdem wird auch eine Neuansiedlung von Ausbildungsberufen in den Bereichen medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte, Verwaltungsfachangestellte und Fachkräfte für Lagerlogistik an der Landrat-Gruber-Schule geprüft, um diese noch attraktiver für die Betriebe und die Schülerinnen und Schüler zu machen. „Derzeit läuft das Beteiligungsverfahren gemäß des Hessischen Schulgesetzes und nach der Überprüfung möglicher Einwände oder Ergänzungen startet die politische Beratung“, so Köhler weiter.

Zudem wurde bereits zum aktuellen Schuljahr an der Melibokusschule in Alsbach-Hähnlein eine PUSCH-Klasse (Programm Praxis und Schule) eingerichtet. In dieser soll Schülerinnen und Schülern mit erheblichen Lern- und Leistungsrückständen an weiterführenden Schulen ermöglicht werden, den Hauptschulabschluss zu erreichen. „Wir sind uns sicher, dass wir mit dem neuen Berufsschulentwicklungsplan der Landrat-Gruber-Schule eine sehr gute Zukunftsperspektive eröffnen und die duale Ausbildung in Südhessen stärken“, so Koch-Vollbracht und Köhler abschließend. ■



## Hier wird Digitalisierung gelebt

Schulbesuch in der Lindenfeldschule in Schaafheim-Mosbach – Wie selbstverständlich Grundschüler mit Tablets umgehen!

Im Herbst 2024 stand der Besuch der Lindenfeldschule in Schaafheim-Mosbach auf dem Besuchsprogramm der CDU-Kreistagsfraktion. Die Lindenfeldschule ist eine von insgesamt fünf Digital-Modellschulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und stieg während der Corona-Pandemie verstärkt in den schulischen Digitalisierungsprozess ein.

**Wie sieht nun im Jahr 2024 der Alltag in dieser Schule aus? Wie gehen die Schülerinnen und Schüler mit den elektronischen Geräten um? Welches Fazit zieht die Schulleiterin?**

Für die anwesenden CDU-Kreispolitiker entpuppte sich dieser Nachmittag als ein Blick in die Zukunft. Circa 90 Schülerinnen und Schüler besuchen die Lindenfeldschule in diesem Schuljahr in vier Regelklassen und einer Intensivklasse. Die Kinder wohnen sowohl in Mosbach als auch im benachbarten Radheim und sprechen über 13 verschiedene Muttersprachen. Die Schulgemeinschaft ist ein fester Bestandteil der lebendigen Dorfgemeinschaft, wovon beide Seiten profitieren. Motor dafür ist die überaus engagierte Schulleiterin und ihr Kollegium sowie das Team der Ganztagsbetreuung. Auf Eigeninitiative der Schulleiterin wurde die Lindenfeldschule während der Pandemie eine der Modellschulen des „Digitalen Klassenzimmers“. Schon seit Jahren sind PCs, Laptops und Tablets dort Bestandteil des Unterrichts und gerade im Bereich der Lehrpläne ein wirksames Mittel zum eigenverantwortlichen und selbstständigen Lernen. Das „digitale Klassenzimmer“ ist ein Angebot des Landkreises und eröffnet Schulen die Möglichkeit, mit ihren Schülerinnen und Schülern innerhalb und außerhalb der Schule zu kommunizieren und Lernmaterialien miteinander zu teilen. Die Ziele sind zum einen hybride Lernformen von Präsenz- und Distanzunterricht auf gutem Niveau zu ermöglichen und zum anderen die Unterrichtsentwicklung im Bereich der Digitalisierung voranzutreiben. Die Lindenfeldschule als Modellschule bekam dafür die Tablets vom Landkreis gestellt. Bisher konnten alle Schülerinnen und Schüler mit diesen versorgt werden. Sollten die Schülerzahlen weiter steigen, könnte es hier allerdings zu Engpässen kommen, sodass neue Ideen zur Versorgung mit Endgeräten gefunden werden müssen. Nach Zusage des Landkreises zur Auswahl der Schule hat sich das Kollegium der Lindenfeldschule im November 2020 zunächst



Foto © CDU Deutschlands Christiane Lang

intensiv mit dem Thema „Digitalisierung“ befasst und sich dabei die folgenden Fragestellungen zu Grunde gelegt:

**„Welche Kompetenzen brauchen die Kinder später? Wie muss sich der Unterricht verändern, damit Kinder diese Kompetenzen erlernen?“**

Zuvor stand aber für die Lehrerinnen und Lehrer auch eine „Klickschulung“ auf dem Programm. Hier konnte das Kollegium die Fragen „Wie funktionieren eigentlich die bereitgestellten Tools? Was muss ich beachten?“ bearbeiten. Persönliches Interesse, eine Portion Enthusiasmus und Ausdauer waren dabei gefragt. Dank eines IT-Unternehmens aus Babenhausen, welches unentgeltlich Support geliefert hat, konnte das Projekt schließlich an den Start gehen. Die Grundschüler gehen in der Regel sehr unvoreingenommen mit Tablets um. Davon konnten sich die Besucher an diesem Nachmittag persönlich ein Bild machen: etliche Schülerinnen und Schüler aus der Nachmittagsbetreuung hatten ihren Aufenthalt etwas verlängert, um zu zeigen, was man alles mit so einem Gerät anstellen kann. Die Kleingruppen hatten sich kleine Versuche ausgedacht und diese aufgebaut. Natürlich wurden Fragestellung, Aufbau und das erfolgreiche Ergebnis durch Fotos dokumen-

tiert und ganz selbstständig technisch vorbereitet, als Präsentation hochgeladen. Die Besucher aus der CDU-Kreistagsfraktion waren tief beeindruckt und fühlten sich irgendwie „alt“.

Beruhigend zu hören war allerdings, dass auch weiterhin an der Lindenfeldschule das Schreiben „von Hand“ gelehrt und die Grundrechenarten vermittelt werden. Analoge und digitale Welt werden somit ganz selbstverständlich gleichberechtigt gelebt und zusammengeführt.

Der Besuch endete mit einem Schulrundgang. Das Hauptgebäude stammt aus den frühen 1960-er Jahren und auch die Anbauten sind in die Jahre gekommen. Das ehemalige Hausmeisterhäuschen wurde vor einigen Jahren für die Ganztagsbetreuung umgebaut. Dort wird das Mittagessen im ehemaligen Wohnzimmer des gemütlichen Häuschens eingenommen – der Begriff Mensa ist hierfür eher nicht der richtige. Man kann spüren, dass die Schulgemeinschaft sich hier wohlfühlt, obwohl mit so manchem Kompromiss gelebt werden muss. Wachsende Schülerzahlen werden für diese Schule dabei in den nächsten Jahren die größte Herausforderung sein, bei all dem gezeigten Engagement wird aber auch das bewältigt werden können. ■

# Gewalt gegen Frauen

Es bedarf größerer Kraftanstrengungen für ein Gewaltschutzgesetz – Ein Beitrag von Dr. Astrid Mannes

**D**as Recht auf ein Leben ohne Gewalt darf kein Zufall sein. Es ist ein Menschenrecht, das auch für alle Frauen und Mädchen gelten muss – unabhängig davon, ob sie der Willkür ihres Partners ausgesetzt sind oder in einem Unrechtsregime leben.

Leider ist häusliche Gewalt in Deutschland immer noch ein großes gesamtgesellschaftliches Problem. Betroffene finden sich in allen sozialen Schichten und dennoch ist sie noch immer ein Tabuthema. Es werden weiterhin oftmals die Opfer stigmatisiert. Die Zahlen sind alarmierend: Laut Lagebild des Bundeskriminalamtes wurden in Deutschland 2023 insgesamt mehr als 256.000 Menschen Opfer häuslicher Gewalt. Dabei sind rund 70 Prozent der Opfer weiblich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Opfer um 6,5 Prozent gestiegen. In den letzten fünf Jahren ist ein Anstieg der polizeilich registrierten Fälle häuslicher Gewalt um 19,5 Prozent festzustellen.

Dazu kommt, dass die rund 400 Frauenhäuser mit knapp 7.700 Plätzen in Deutschland nicht im Ansatz ausreichen, um alle schutzsuchenden Frauen aufzunehmen. Um eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Schutzeinrichtungen zu gewährleisten, sind nach Expertenschätzungen mindestens 14.000 zusätzliche Plätze erforderlich.

## „Istanbul-Konvention“ als wichtiges Zeichen

Seit Inkrafttreten des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) am 1. Februar 2018 verpflichtet sich Deutschland, auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu verhindern.

## Situation im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg bekennt sich zu den Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention, setzt im Rahmen seiner Zuständigkeiten erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung dieser Konvention um und führt bestehende Maßnahmen fort, um Frauen und Mädchen im Sinne der Prävention vor Gewalt zu schützen und im Sinne der Intervention Hilfe zu gewährleisten. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg hat in sei-

ner Sitzung am 9. Dezember 2024 mit den Stimmen der SPD/CDU-Koalition einen maximalen jährlichen Zuschuss des Kreises an den Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ für den Betrieb des zweiten Frauen- und Kinderschutzhouses im westlichen Landkreis in Höhe von 272.600 Euro ab 2025 beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die laufenden Zuschüsse für das Frauen- und Kinderschutzhause im östlichen Landkreis ab 2025 und für das Frauen- und Kinderschutzhause im westlichen Landkreis ab 2026 zu erhöhen. Insgesamt werden ca. 600.000 Euro jährlich an Zuschüssen für die beiden Frauenhäuser durch den Landkreis gezahlt.

## 20 Familienzimmer sind derzeit verfügbar

Mit dem Frauen- und Kinderschutzhause und der barrierearmen Schutzwohnung im östlichen Landkreis verfügte der Landkreis Darmstadt-Dieburg über zwölf Familienzimmer. Mit dem neuen Frauen- und Kinderschutzhause im Westkreis wurde diese Zahl um acht Familienzimmer auf 20 Familienzimmer im Landkreis erweitert. Das ist ein sehr großer Schritt bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Der Empfehlung der Experten folgend bräuchte es perspektivisch insgesamt sogar 30 Familienzimmer im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Hiermit wird sich der Kreistag in seiner nächsten Legislaturperiode ab 2026 befassen müssen.

## Fehlendes Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene

Leider fehlt es auf Bundesebene noch an einem umfassenden Gewaltschutzgesetz. Die vormalige Ampel-Bundesregierung ist dem Problem der stetig steigenden Zahlen von Gewalttaten gegen Frauen in Deutschland in den letzten drei Jahren nicht begegnet. Sie hat weder Investitions- und Präventionsmaßnahmen noch eine Neuregelung des Umgangs- und Sorgerechts in gewaltbelasteten Partnerschaften auf den Weg gebracht. Als Anfang letzten Jahres das Investitionsprogramm auslief, wurde nicht einmal der Versuch unternommen, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. So gab es beispielsweise zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung („Fußfesseln für Frauen-schläger“) im Sommer eine Bundesratsinitiative aus Hessen, die auf Antrag der Grünen im Bundesrat gestoppt wurde. Sie ist erst Anfang Dezember im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages beraten worden. Auf den letzten Drücker vor den Neuwahlen



Du benötigst **Hilfe** oder **kennst eine Person**, die Hilfe braucht?

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen\*

# 116-016

\* Hilfe für Frauen aller Nationalitäten, mit und ohne Behinderung – 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr. Auch für Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte. Anonym und kostenfrei.

im Februar 2025 wollten die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen erfolglos noch ein Gewaltschutzgesetz durchpeitschen – ohne Anhörung mit Experten und ohne Einigung mit den Bundesländern. Daher ist die neue Bundesregierung hier gefordert und sollte das wichtige Thema bereits in ihrem Koalitionsvertrag berücksichtigen.

## Viele Forderungen sind noch offen!

Grundsätzlich gilt: wir brauchen mehr Schutzmaßnahmen! Die stetig steigende Zahl von Gewalttaten gegen Frauen in ihren vielfältigen und grausamen Facetten in Deutschland und weltweit sind nicht länger hinnehmbar. Es braucht mehr Hilfe und Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen, unter anderem einen dritten nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen zur verlässlichen Finanzierung von Frauenhäusern und einen Rechtsanspruch auf Schutz und fachliche Beratung. Auch müssen die digitalen Plattformbetreiber in die Pflicht genommen werden, um wirksame Schutzkonzepte gegen digitale Gewalt einzuführen. Es muss ferner sichergestellt werden, dass für Menschen mit Behinderungen ein barrierefreier, niedrigschwelliger Zugang zu Schutz-, Hilfe- und Beratungsangeboten bereitsteht. ■

## Kreistagsfraktion und ZAW-Fraktion vor Ort

Gemeinsame Besuche der Kreistagsfraktion und der ZAW-Fraktion auf der Mülldeponie Büttelborn und bei der AZUR GmbH in Mühlthal

Im Juli 2024 besuchte die CDU-Kreistagsfraktion, die CDU-Fraktion des Zweckverbandes Abfall- und Wertstoffeinsammlung (ZAW) und der Arbeitskreis „Energie und Umwelt“ der Kreispartei die Mülldeponie in Büttelborn. Dort wurden die CDU'ler u. a. von dem Groß-Gerauer Landrat Thomas Will empfangen. Er stellte das Konstrukt der Mülldeponie Büttelborn, des Abfall-Wirtschafts-Services GmbH (AWS), des Zweckverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau und der Südhesische Abfall-Verwertungs GmbH (SAVAG) sowie der angesiedelten Privatunternehmen vor.

Schwerpunkte des Besuchs waren zum einen die Betriebserlaubnis der Mülldeponie bis ins Jahr 2030 und zum anderen die anschließende Nutzung des „Müllbergs“. „Besonders interessiert uns natürlich auch der Stand des Verwaltungsrechtstreites zur Übernahme freigemessenen Bauschutts des im Rückbau befindlichen Atomkraftwerks Biblis und der mögliche Schutz der Bevölkerung rund um die Müll-

deponie“, berichtet der ZAW-Fraktionsvorsitzende Sebastian Sehlbach. Mittlerweile hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel entschieden, dass der Bauschutt nach Büttelborn gebracht werden darf. Nur die Höhe der Entsorgungsentgelte muss noch verhandelt werden.

Nach einer Rundfahrt – u. a. auch um den markanten Müllberg – endete der sehr interessante Besuch.

Vor Weihnachten 2024 stand der Besuch der AUZR GmbH in Mühlthal auf dem gemeinsamen Besuchsprogramm. Dort wurden die Christdemokraten vom Ersten Kreisbeigeordneten Lutz Köhler und dem AZUR-Geschäftsführer Holger Kahl begrüßt und durch die Werkstätten geführt. Die AZUR GmbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb für Elektroschrott gemäß des Elektroggesetzes.

Im Gespräch ging es dann vor allem um die Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der AZUR GmbH. Hierbei hat sie drei Hauptaufträge seitens des Landkreises, der hundertprozentiger Eigentümer ist,

vorgegeben bekommen:

- **Ökologisch** als Beitrag zu Klima- und Umweltschutz,
- **Sozialpolitisch** als Chancen für Langzeitarbeitslose und
- **Wirtschaftlich** ohne Zuschüsse auskommend.

Zum Zeitpunkt des Besuchs hatte sie 36 Angestellte, von denen 13 durch verschiedene Programme gefördert wurden. Diese Förderprogramme sind allerdings teilweise aufgrund des nicht verabschiedeten Bundeshaushaltes 2025 ausgelaufen.

Ein großes Problem stellt auch die kostenlose Abholung der Elektroaltgeräte dar, da oftmals nur 30 % der vorher angegebenen Adresse auffindbar sind. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fahren in 70 % der Fälle umsonst. Dies kann so nicht weitergehen. Daher unterstützen wir auch die Initiative des ZAW-Vorstandes eine Kostenkalkulation zur Ermittlung der Gebührenhöhe für die E-Schrott-Abholung einzuholen“, so Sehlbach abschließend. ■



## Förderprogramme für die Kommunen

Geschenke mit vielen Fallstricken – Ein Beitrag von Dr. Astrid Mannes

Noch ein Zuschuss und wir sind pleite“ – solche und ähnliche Aussprüche sind wohl von etlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern überliefert. Sie zeigen eine Problemlage im Hinblick auf die Förderprogramme für Kommunen auf: Förderprogramme wecken Begehrlichkeiten und viele kommunale Entscheidungsträger drängen in den Gremien auf die Realisierung von Projekten, nur weil sie durch Fördermittel preiswerter verwirklicht werden können. Allerdings muss immer die Kommune selbst auch einen – unterschiedlich großen – Anteil beisteuern, um in den Genuss der Fördermittel zu kommen. Um die Ko-Finanzierung nutzen zu können, werden dafür oftmals andere Vorhaben vernachlässigt, die für die Kommune höhere Priorität hätten. Die Auswahl der zu realisierenden Maßnahmen geschieht somit teilweise nicht mehr nach dem vordringlichsten Bedarf der Kommune, sondern nach verfügbaren Fördermitteln.

### Die Problematik der Fördermittel ist aber weitaus vielschichtiger.

Für die deutschen Kommunen gibt es über 800 verschiedene Förderprogramme. Was auf den ersten Blick nach einem Schlaraffenland für die kommunale Ebene aussieht, erweist sich bei näherem Hinsehen als Trugschluss.

Im Dschungel dieser vielen Programme verlieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Rathäusern schnell den Überblick. Der Zeitaufwand zur Durchforstung der Datenbanken auf der Suche nach einem passenden Förderprogramm ist zeitaufwendig, die Fördermittelbeantragung ist komplex und die Förderrichtlinien sind zu kompliziert – und längst hat der Fachkräftemangel auch die Verwaltungen erreicht. Immer steigende Anforderungen bei der Mittelbeantragung bei gleichzeitigem Personalmangel stellen die Kommunen vor große Herausforderungen.

Auch müssen die Kommunen meist in Vorlage treten und erhalten die Fördermittel erst im Nachgang der Maßnahme nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung. Das Verfahren der Einzelverwendungsnachweise ist dabei zeit- und arbeitsintensiv.

Daneben klagen Kommunen oft über die zu kurz bemessenen Fristen zur Einreichung der Anträge. Zwischen der Antragstellung und dem Erhalt des Fördermittelbescheids vergeht oftmals sehr viel Zeit und letztlich schwebt bei jedem mit Fördermitteln finan-



Foto © CDU Deutschlands Christiane Lang

ziertem Projekt das Damoklesschwert der Rückforderung von bereits verwendeten Fördermitteln über der Kommune.

So werden viele Fördermittel gar nicht abgerufen. Der unzureichende Fördermittelabruf resultiert nicht aus Desinteresse und erst recht nicht aus einer ausreichend guten Finanzausstattung der Kommunen heraus, sondern zeigt vielmehr die Handlungsfelder auf, die angegangen werden müssen, damit ein effizienter Mittelabfluss erfolgen kann. Durch die Fördermittelbereitstellung für bestimmte Aufgabenbereiche greifen die oberen Ebenen lenkend in die kommunale Selbstverwaltung ein. Sie setzen den Kommunen Anreize, in bestimmte Bereiche zu investieren bzw. bestimmte Projekte umzusetzen und steuern die Projekte der Kommunen somit nach von ihnen vorgegebenen Schwerpunkten.

Und noch ein Problem tut sich in diesem Zusammenhang auf: Die vielen Förderprogramme decken zwar viele verschiedene Bereiche ab, gehen aber häufig am Bedarf der Kommunen vorbei. Denn überwiegend werden Investitionen und weniger Erhaltungsmaßnahmen bzw. Betriebskosten gefördert, die die Kommunen aber dringender bräuchten.

### Wie kann man den Förderdschungel lichten?

Die vielen Förderprogramme sind gut gemeint, aber nicht immer gut umgesetzt. Denn sie verursachen einen großen bürokratischen Aufwand nicht nur für die Kommunen, sondern auch für die Bewilligungsstellen. Denn auch die Förderprogramme

müssen aufgesetzt, die Antragsunterlagen und Verwendungsnachweise geprüft und die Mittelauszahlung veranlasst und überwacht werden. Da das Verfahren der Einzelverwendungsnachweise für beide Seiten sehr zeitaufwendig ist, stellt sich die Frage, ob die pauschale Auszahlung nicht eine erhebliche Vereinfachung auch im Sinne des Bürokratieabbaus sein würde.

### Kommunale Selbstverwaltung stärken!

Am besten könnte der enorme Bürokratieaufwand gesenkt werden, indem man die grundgesetzlich verbriefte kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt und die Kommunen selbst entscheiden lässt, wofür sie ihre Mittel einsetzen möchten und wo ihr Bedarf ist.

Da eine Kommune kaum aus eigenen Mitteln zum Beispiel einen Schwimmbadbau oder einen Kulturbetrieb wird stemmen können, wird es ganz ohne Förderprogramme nicht gehen.

Warum aber nicht zumindest die Förderprogramme der Länder- und Bundesebene auf ein Minimum reduzieren und die Mittel, die damit frei werden, nach dem üblichen Schlüssel direkt an die Kommunen verteilen und diese Gelder damit wieder in die Selbstverwaltung der Kommune legen?

Sicherlich lassen sich Lösungen finden, wie die Mittel, die jetzt in die Förderprogramme gegeben werden, unbürokratisch an die Kommunen weitergeleitet werden können. Eine Option wäre auch, die Kommunen stärker an den Steuereinnahmen zu beteiligen und dafür die Förderprogramme zu reduzieren. ■

# Mehr Handlungsfähigkeit für unsere Kommunen

Ein Überblick über die Reform der Hessischen Gemeindeordnung von Nils Zeißler

**R**und ein Jahr vor der nächsten Kommunalwahl im März 2026 ist eine umfassende Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vorgenommen worden. Mit dem mittlerweile vom Hessischen Landtag beschlossenen Reformentwurf will die Hessische Landesregierung das Kommunalrecht modernisieren, um Handlungsfähigkeit und Spielräume der hessischen Kommunen zu erhöhen. Dabei handelt es sich um die umfassendste Kommunalrechtsnovelle in Hessen seit zehn Jahren.

## Stärkung der Handlungsfähigkeit kommunaler Parlamente

Der Gesetzesentwurf hat zum Ziel, der oft lähmenden Zersplitterung der kommunalen Parlamente in Hessen entgegenzuwirken, indem das Auszählverfahren vom Hare-Niemeyer-Verfahren auf das – auch in anderen Ländern angewandte – D'Hondtsche Höchstzahlverfahren umgestellt wird. Ferner wird die Ein-Personen-Fraktion, die es so nur in Hessen gibt, abgeschafft. Des Weiteren schafft die Hessische Landesregierung mit der Novelle die Möglichkeit

digitaler Sitzungsformate. Die Entscheidung über den Umfang der Anwendung soll aber den Entscheidungsträgern vor Ort überlassen werden. Flexibilität und Digitalisierung sind so keine Fremdwörter mehr, sondern werden zu wichtigen Werkzeugen, um die Arbeit in kommunalen Gremien zu erleichtern. Indem man den Kommunen die Entscheidungshoheit überlässt, wie weit diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden, wird die kommunale Selbstverwaltung weiter gestärkt.

## Bürokratieabbau: Mehr Raum für das Wesentliche

Die HGO-Reform hat das Ziel, die hessischen Kommunen von überflüssigem bürokratischem Ballast zu befreien und die Abläufe effizienter zu gestalten. Um wichtige Infrastrukturprojekte in ihrer zügigen Realisierung nicht zu gefährden, sind bei bestimmten Infrastrukturvorhaben gemäß des Reformentwurfs keine Bürgerbegehren mehr möglich. Das hessische Recht wird damit an dieser Stelle an die Rechtslage in anderen Bundesländern angepasst.

Zudem können die Kommunen zukünftig unter bestimmten Voraussetzungen auf das Haushaltssicherungskonzept für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung verzichten. Auch die Pflicht zur öffentlichen Auslegung des Haushaltsplans sowie des Jahresabschlusses an sieben Tagen in den Rathäusern und Stadtverwaltungen entfällt künftig und wird durch die Pflicht zur Veröffentlichung im Internet ersetzt. Weniger Papierkram, mehr Zeit für die eigentlichen Aufgaben: das ist der richtige Weg, um Kommunen handlungsfähiger zu machen.

Die HGO-Novelle zeigt, wie man mit klarem Blick und einem tiefen Verständnis für die Herausforderungen unserer Kommunen konkrete Verbesserungen auf den Weg bringen kann. Die Reform ist mehr als eine technische Anpassung. Sie ist ein starkes Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung und ein Aufbruch in eine moderne, handlungsfähige Zukunft unserer Kommunen. Der Landesgesetzgeber hat gezeigt, dass er nicht nur die Herausforderungen der Zeit erkennt, sondern auch entschlossen handelt, um ihnen zu begegnen. ■



## Produktive und harmonische Klausurtagung

**Bildungsthemen und Sparkassenfusion standen im Fokus der Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion 2024 in Oberaula – Sommertour 2025 wieder in Planung**

Am Wochenende des 22. bis 24. November 2024 fand die alljährliche traditionelle Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion in Oberaula statt. Schwerpunkte der Klausurtagung unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Maximilian Schimmel waren die ersten Beratungen zur Fortschreibung des Berufsschulentwicklungsplans (gesonderter Artikel auf Seite 6), die Fortführung des großen Schulbauprogramms 2025 ff., die Entwicklung der Ganztagsbetreuung ab dem Rechtsanspruch im Schuljahr 2026/27 und die mögliche Fusion der beiden Sparkassen Darmstadt und Dieburg (gesonderter Artikel auf Seite 3).

„Es ist immer wieder beeindruckend, was alles innerhalb eines Jahres bei uns im Landkreis passiert. Gerade im Bildungsbereich mit dem Zukunftsprogramm im Schulbaubereich und der fast flächendeckenden Einführung des ‚Paktes für den Ganztag‘ setzen wir hessenweit Maßstäbe. Allen voran gebührt unserem Schuldezernenten Lutz Köhler und seinem Team ein großes Lob und großer Dank“, freut sich der CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzende Maximilian Schimmel.

### Prioritäten setzen in schwierigen Zeiten

Die prekäre Haushaltslage der kommunalen Familie stellte Politik und Verwaltung vor große Herausforderungen. Daher waren alle vier Arbeitskreise aufgerufen, Prioritäten für ihre Ausgaben zu setzen und nach Einsparmöglichkeiten für die kommenden Haushalte zu suchen.

Ein Vorschlag war u. a. die verstärkte Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen auszubauen, um soziale Projekte effizienter und kostengünstiger zu realisieren. Auch Fördermöglichkeiten durch Bund und Land sollen verstärkt geprüft und genutzt werden, um finanzielle Spielräume zu erweitern. Zudem wurde der Fokus auf innovative Ansätze gelegt, wie etwa die Digitalisierung sozialer Dienstleistungen. Diese könnten langfristig Kosten sparen und gleichzeitig den Zugang zu Hilfsangeboten erleichtern.

Außerdem befassten sich die Christdemokraten sehr intensiv mit der Müllentsorgung und diskutierten neue Entwicklungen beim Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung (ZAW), dem Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) und der AZUR. Hierbei ging es um die

Baumaßnahmen am Müllheizkraftwerk in Darmstadt (vor allem zur Klärschlammverbrennung) und die Entwicklung der Müllgebühren aufgrund stetig steigender Kosten.

Schließlich stand noch die Jahresterminplanung auf der Agenda der Kreispolitiker. Dabei wurde auch beschlossen, die erfolgreiche Sommertour in den Sommerferien 2025 in zwei Teilen (7. bis 9. Juli und 13. bis 15. August) fortzusetzen. Mit dem Kreiselternbeirat und dem Kreisschülerrat soll

wieder ein Austausch stattfinden und der nächste Schulbesuch führt die CDU´ler in die Carlo-Mierendorff-Schule nach Griesheim.

„Es war wieder eine sehr arbeitsintensive, produktive und harmonische Klausurtagung, bei der auch der gesellige Teil nicht zu kurz kam. Ich gratuliere an dieser Stelle nochmals unserem Ersten Kreisbeigeordneten Lutz Köhler zur Verteidigung seines Titels als Schützenkönig der Kreistagsfraktion“, so Schimmel abschließend. ■



## Für uns im Kreis

### Kreistagsabgeordnete



Patricia Baltes (Messel)



Ann-Katrin Brockmann (Eppertshausen)



Sebastian Bubenzer (Alsbach-Hähnlein)



Boris Freund (Dieburg)



Achim Grimm (Groß-Zimmern)



Heiko Handschuh (Groß-Umstadt)



Monika Heinlein (Babenhausen)



Heidrun Koch-Vollbracht (Babenhausen)



Claudia Lange (Erzhausen)



Jörg Lautenschläger (Modautal)



Dr. Cornelia Lietz (Seeheim-Jugenheim)



Dr. Astrid Mannes (Mühltal)



Staatsminister Manfred Pentz Mdl (Groß-Zimmern)



Daniel Rauschenberger (Schafheim)



Lena Roth (Schafheim)



Maximilian Schimmel Mdl (Pfungstadt)



Sebastian Sehlbach (Weiterstadt)



Nils Zeißler (Bickenbach)

### Mitglieder des Kreisausschusses



Lutz Köhler (Weiterstadt)



Marco Hesser (Seeheim-Jugenheim)



Marita Keil (Modautal)



Frank Klock (Otzberg)



### Kontakt & Impressum

**CDU-Kreistagsfraktion  
Darmstadt-Dieburg**

Sebastian Sehlbach,  
Fraktionsgeschäftsführer  
Jägerstorstraße 207  
64829 Darmstadt

Telefon: (06151) 881 1373

Telefax: (06151) 881 1343

E-Mail: [sebastian.sehlbach@cdu-kreistag.net](mailto:sebastian.sehlbach@cdu-kreistag.net)

Web: [www.cdu-kreistag.net](http://www.cdu-kreistag.net)